1.5. ERGÄNZENDER FRAGEBOGEN ZU BEIHILFEN FÜR INVESTITIONEN ZUR VERMEIDUNG UND MINDERUNG VON DURCH RISIKOEREIGNISSE VERURSACHTEN SCHÄDEN

*Dieses Formular ist von den Mitgliedstaaten für die Anmeldung von Investitionsbeihilfen zur Vermeidung und Minderung von durch Risikoereignisse verursachten Schäden gemäß Teil II Kapitel 1 Abschnitt 1.5 der Leitlinien für staatliche Beihilfen im Fischerei- und Aquakultursektor[[1]](#footnote-1) (im Folgenden „Leitlinien“) zu verwenden.*

1. Bitte bestätigen Sie, dass die Maßnahme vorschreibt, dass mit der Investition in erster Linie das Ziel verfolgt werden muss, durch Risikoereignisse verursachte Schäden zu vermeiden und zu mindern, und dass die Investition insbesondere für den Fischereisektor darauf abzielen muss, Raubfraß oder Schäden an Fanggeräten oder anderen Geräten zu vermeiden und zu mindern.

Ja  Nein

1.1. Falls ja, geben Sie bitte die einschlägige(n) Bestimmung(en) in der Rechtsgrundlage an.

…………………………………………………………………………………

2. Falls für die Investition eine Umweltverträglichkeitsprüfung gemäß der Richtlinie 2011/92/EU des Europäischen Parlaments und des Rates[[2]](#footnote-2) erforderlich ist, bestätigen Sie bitte, dass die Maßnahme die Beihilfe von der Durchführung einer solchen Prüfung und der Erteilung der Genehmigung für das betreffende Investitionsvorhaben vor dem Zeitpunkt der Gewährung der Einzelbeihilfe abhängig macht.

Ja  Nein

2.1. Falls ja, geben Sie bitte die einschlägige(n) Bestimmung(en) in der Rechtsgrundlage an.

…………………………………………………………………………………

3. Bitte bestätigen Sie, dass die Maßnahme nur beihilfefähige Kosten umfasst, die direkt und spezifisch für Präventivmaßnahmen sind.

Ja  Nein

3.1. Falls ja, geben Sie bitte die einschlägige(n) Bestimmung(en) in der Rechtsgrundlage an.

…………………………………………………………………………………….

4. Bitte bestätigen Sie, ob die beihilfefähigen Kosten Folgendes umfassen:

(a)  Errichtung, Erwerb (einschließlich Leasing) oder Modernisierung von unbeweglichem Vermögen;

(b)  Kauf oder Leasingkauf von Maschinen und Anlagen bis zum marktüblichen Wert des Wirtschaftsguts;

(c)  beides, d. h. die beihilfefähigen Kosten umfassen a) und b).

4.1. Bitte geben Sie die Bestimmung(en) der Rechtsgrundlage an, die die beihilfefähigen Kosten widerspiegelt/widerspiegeln.

…………………………………………………………………………………

4.2. Bitte beschreiben Sie ausführlich die im Rahmen der Maßnahme förderfähigen Kosten.

……………………………………………………………………………….

5. Bitte bestätigen Sie, dass in der Maßnahme vorgeschrieben ist, dass die Beihilfehöchstintensität auf 100 % der förderfähigen Kosten begrenzt ist.

Ja  Nein

5.1. Bitte geben Sie die im Rahmen der Maßnahme geltende(n) Beihilfehöchstintensität(en) an.

…………………………………………………………………………………

5.2. Bitte geben Sie die Bestimmung(en) der Rechtsgrundlage an, in der/denen die Beihilfehöchstintensität der Maßnahme angegeben ist.

……………………………………………………………………………….

SONSTIGE ANGABEN

6. Machen Sie hier bitte gegebenenfalls sonstige Angaben, die für die Würdigung der betreffenden Maßnahme nach diesem Abschnitt der Leitlinien von Belang sind:

…………………………………………………………………………………

1. ABl. C 107 vom 23.3.2023, S. 1. [↑](#footnote-ref-1)
2. Richtlinie 2011/92/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13. Dezember 2011 über die Umweltverträglichkeitsprüfung bei bestimmten öffentlichen und privaten Projekten (ABl. L 26 vom 28.1.2012, S. 1). [↑](#footnote-ref-2)